

# Offene Worte

Online Nr. 22

Zeitung der LINKEN für den Barnim 26. Mai 2020, 30. Jahrg.



Wie kommt das Fleisch auf den Grill?

„DIE LINKE begrüßt die Regelung der Bundesregierung zu den Werkverträgen in der Fleischindustrie,“ erklärte Jutta Krellmann, Sprecherin für Arbeit der Bundestagsfraktion der LINKEN am 20. Mai. Danach soll das Schlachten und die Verarbeitung des Fleisches ab 2021 in den Betrieben nur durch eigene Beschäftigte erfolgen. Bisherige Werkvertragsarbeiter müssten also Arbeitsverträge mit allen Rechten und tariflicher Bezahlung erhalten.

Strengere Kontrollen sind geplant, Bußgelder sollen auf 30.000 Euro verdoppelt werden. „Das ist ein wichtiger erster Schritt, der aber auf alle Branchen ausgeweitet werden muss“, so Krellmann. Auch in Saisonarbeit, auf dem Bau und in der Gebäudereinigung gäbe es ähnliche Strukturen, die Arbeitnehmerrechte beschränken. Foto: pixabay

## Öffentliche Kontrolle

Die „Fünf-Wirtschaftsweisen“ stellten am 22. Mai ihre Vorschläge für ein Konjunkturpaket vor. Wie sieht DIE LINKE dies? Interview mit Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender und Wirtschaftsexperte der LINKEN im Landtag.

**Ein Konjunkturpaket zur Überwindung der Corona-Krise soll dem Strukturwandel dienen und nicht einzelnen Interessen der Wirtschaftsbranchen wie zum Beispiel der Autoindustrie. Wie bewerten Sie diesen Ansatz?**

Das ist Denken in alten Schubladen. Ich finde es regelrecht dreist, wenn jetzt die Unternehmen, die seit Jahren Mega-Gewinne gemacht haben und weiterhin dicke Dividenden an ihre Aktionäre auszahlen, nach Staatshilfe schreien. Es sollen wieder Verluste für Großkonzerne vergesellschaftet und Gewinne dann privatisiert werden, ohne dass der Staat irgendeinen Einfluss auf die Unternehmen hat.

Staatshilfen dürfen keine Einbahnstraße sein. Wir brauchen ein sozial-ökologisches Konjunkturprogramm. Durch gezielte Förderung von Investitionen in die Energiegewinnung der Zukunft, in moderne Mobilität und in den Ausbau nachhaltiger Verkehrssysteme kann die Krise als Motor für eine Industriepolitik dienen, die auch den Pariser Klimazielen gerecht wird.

**Der erste Vorschlag der „5 Weisen“ soll es Unternehmen ermöglichen, diesjährige Verluste in die Vorjahre zurück- und in folgende Jahre vorzutragen. Auf Deutsch: Je nach Gewinnsituation werden Steuern gespart. Bringt das Brandenburger Klein- und mittelständischen Unternehmen Entlastung?**

Nein, hier würde sich die Bundesregierung treu bleiben. Während man auch diesen Vorschlag

anscheinend eins zu eins von der Wunschliste großer Unternehmen übernimmt, bleiben die Klein- und mittelständischen Unternehmen im Regen stehen. 90 Prozent der Brandenburger Betriebe haben unter 10 Beschäftigte und genau deshalb brauchen wir hier sinnvolle Unterstützung. Wir müssen die Nachfrage ankurbeln und so das Überleben der Wirtschaft sichern.

Deshalb stören mich diese einseitigen Vorschläge der Wirtschaftsweisen. Auf der einen Seite wollen sie möglichst viel Geld für große Unternehmen ausgeben und gleichzeitig höre ich die Forderung nach Einfrieren des Mindestlohns. Das wird die Armut verschärfen und wer soll dann die Brandenburger Wirtschaft durch Kauf von Waren und Dienstleistungen stützen?

**Zweiter Vorschlag: Energiepreisreform, die Haushalte und Wirtschaftsunternehmen entlastet.**

Mit diesem Vorschlag rennt man bei der LINKEN offene Türen ein. Kurzfristig sollten wir tatsächlich die Stromsteuern auf das europäische Niveau angleichen. Das wären allein 20 Euro weniger pro Megawattstunde.

Langfristig müssen wir dafür sorgen, dass die Energieversorgung bezahlbar bleibt. Auch da sind wir wieder bei der Verantwortung von Konzernen: Ich verstehe keine Politik, die diese wichtige Infrastruktur fast ausschließlich dem

Markt überlässt. Denn der regelt am Ende für die Gesellschaft relativ wenig, aber eben fast alles für die Profite weniger Anteilseigner.

**Dritter Vorschlag: Der Staat soll mehr bauen, Geld in Bildung und Digitalisierung investieren.**

Seit Jahrzehnten wird die öffentliche Infrastruktur vernachlässigt und zum Teil kaputtgespart. Allein in Brandenburg sind 20 Prozent der Kommunen so verschuldet, dass sie nicht mal allein einen Haushalt aufstellen dürfen. Wir brauchen deshalb die Entschuldung der Kommunen. Olaf Scholz hat dazu einen gangbaren Vorschlag gemacht, nur die Brandenburger Landesregierung äußert sich mal wieder nicht dazu. Kommunen sind die Träger von Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern und Öffentlichem Nahverkehr. Und sie wissen genau, wo welche Investitionen am besten angelegt sind. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist für alle Menschen, für uns als ganze Gesellschaft, wichtig. Deshalb muss der Privatisierungswahn gestoppt werden und wir brauchen in diesen Bereichen die Rückerlangung des Öffentlichen. Profitmaximierung führt uns in neue Krisen. Investitionen und die öffentliche Kontrolle über wichtige Bereiche sichern die Zukunft. Das ist wohl die wichtigste Lehre aus der Corona-Krise. (OW-Interview)

Ahrensfelde:

### Bessere Arbeitsbedingungen für Reinigungskräfte

Eine Verbesserung der Qualität und zugleich der Arbeitsbedingungen für die Reinigungskräfte verspricht sich die Gemeinde Ahrensfelde mit der neuen Ausschreibung. Darin ist selbstverständlich der derzeit in Brandenburg gültige Mindestlohn für Öffentliche Ausschreibungen in Höhe von 10,68 Euro Grundlage für die Bewerbung von Unternehmen.

Da es in der Vergangenheit immer wieder Kritik an der Qualität der Reinigungsleistungen gab, hat die Verwaltung ein neues Auswahlverfahren mit Qualitätskriterien gestaltet. So verringert sich zum Beispiel die Reinigungsleistung pro Stunde für die Beschäftigten, die Wischer müssen häufiger gewechselt werden und einiges mehr.

In der Sitzung der Gemeindevertretung vom 18. Mai 2020 gab es heftige Diskussionen, da nun nicht mehr der preiswerteste Anbieter genommen werden kann und die Gemeinde künftig mehr für Reinigung ausgeben wird.

Wir LINKEN unterstützen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und finden es gut, dass das Prinzip des „billigsten Anbieters“ zumindest schon einmal in diesem Bereich aufgehoben wird. Langfristig ist bessere Qualität oft kostengünstiger.

Christina Emmrich,  
Gemeindevertreterin  
Ahrensfelde

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN  
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488  
E-Mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW  
am 28. Mai